

Amt der Wiener Landesregierung

MD-658-1 und 2/89

Wien, 10. April 1989

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Bauarbeiter-Urlaubs-
Abfertigungsgesetz geändert wird;
Stellungnahme

PSH/III GESETZENTWURF	
Zl. 21	-GE- 9 89
Datum: 12. APR. 1989	
Verf. 14. April 1989	

An das
Präsidium des Nationalrates

L. Hayek

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der
Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem
im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilagen

Dr. Peischl

Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor

WIENER LANDESREGIERUNG



Dienststelle MD-Büro des Magistratsdirektors

Adresse 1082 Wien, Rathaus

Telefonnummer 42 800-4229

MD-658-1 und 2/89

Wien, 10. April 1989

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Bauarbeiter-Urlaubs-
Abfertigungsgesetz geändert wird;
Stellungnahme

zu Zl. 31.113/50-V/3/89

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Auf das Schreiben vom 28. Februar 1989 beehrt sich das Amt der Wiener Landesregierung bekanntzugeben, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine Bedenken grundsätzlicher Art bestehen. Allerdings gibt § 25 des Entwurfes zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

Die in dieser Bestimmung enthaltenen Haftungsregelungen entsprechen § 67 ASVG. Im Hinblick darauf, daß der Verwaltungsgerichtshof die Verfassungsmäßigkeit des § 67 Abs. 10 ASVG in Frage gestellt und mit Beschluß vom 9. Juni 1988, Zln. A 53/88 und A 54/88, an den Verfassungsgerichtshof gemäß Art. 140 B-VG den Antrag gestellt hat, die Wortfolge "zur Vertretung juristischer berufenen Personen und die" als verfassungswidrig aufzuheben, sollte auf diesen Umstand bei der in Aussicht genommenen Formulierung des § 25a Abs. 7 Bedacht genommen werden.

- 2 -

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peischl', written over a vertical line.

Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor